

LINKE Initiativen 2013

2013 war ein, auch sozialpolitisch, spannendes Jahr, ganz im Zeichen der Bundestagswahl im September. So hat das Ressort Soziales und Gesundheit der LINKEN Landtagsfraktion sich auch mit bundespolitischen Themen befasst. Die Angleichung der Renten von Ost und West ist für DIE LINKE ebenso ein wichtiger Schwerpunkt, wie die Beseitigung der Ungerechtigkeit, die den DDR Geschiedenen immer noch widerfährt. Eine große Anhörung mit Betroffenen hat auch medial seinen Widerhall gefunden und deutlich gemacht, dass die Betroffenen eine gerechte Lösung erwarten.

Karola Stange und **Maik Nothnagel**, unsere Abgeordneten und Sprecher für Inklusion und die Belange von Menschen mit Behinderung haben sich nicht nur für eine barrierefreie Bundestagswahl eingesetzt, sondern wollen auch andere Barrieren aus dem Weg räumen. Wichtige Themen waren 2013 deshalb auch die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung. Gemeinsam mit Betroffenen, Vereinen und Verbänden macht sich DIE LINKE für eine zügige Umsetzung der UN-Konvention stark. In verschiedenen Anträgen und Initiativen hat DIE LINKE deutlich gemacht, dass Barrierefreiheit und Inklusion mehr als nur Rampen für Rollstuhlfahrer ist. Auch im Bildungsbereich stößt das Inklusionsvorhaben auf Skepsis. Hier geht es der LINKEN darum, die Bedingungen in den Kindertagesstätten und Schulen so herzurichten, dass eine inklusive Beschulung auch qualitativ sinnvoll möglich ist.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik hat die Fraktion einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Entwicklung von Alternativen zum bisherigen Hartz IV-System gelegt. Die Agenda 2010 hatte 2013 zehnjähriges Jubiläum. Die Bilanz der Hartz-Gesetze ist aus Sicht der Betroffenen ziemlich schlecht. So kann von Fördern und Fordern keine Rede mehr sein. Die Mittel für die Eingliederung werden kontinuierlich gestrichen, Sanktionen hingegen ausgeweitet. Auch das Thema Zwangsverrentung spielt in zunehmendem Maße eine Rolle. All dies wurde von der Fraktion und Ina Leukefeld immer wieder hinterfragt und kritisiert. Aber auch die Diskussion um Alternativen kommt bei der LINKEN nicht zu kurz. So hat die Arbeitsmarktexpertin **Ina Leukefeld** das Konzept des Öffentlichen Beschäftigungssektors weiterentwickelt und sowohl in der Fraktion, aber auch bei öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert.

Aber auch die Energiewende spielt im Bereich von Arbeitsmarktpolitik eine Rolle. Wie kann gute Arbeit, wie kann Beschäftigung durch die Energiewende erreicht werden? Wie können die Folgen der Energiewende, vor allem höhere Preise für Energie und höhere Mieten für energetisch sanierte Wohnungen sozial gestaltet werden? DIE LINKE hat hierzu im Landtag einen umfassenden Antrag vorgelegt. Dabei werden von Ina Leukefeld und dem sozialpolitischen Sprecher **Matthias Bärwolff** eine soziale Energiepreiskontrolle gefordert, gleichzeitig aber müssen auch neue Betreiberformen für die Energiegewinnung, wie etwa Genossenschaften oder kommunale Gemeindewerke gefördert werden. Auch die Umrüstung auf energiesparende Haushaltsgeräte ist ein weiterer Schwerpunkt der LINKEN Forderungen. Gerade im ländlichen Raum sieht die Fraktion eine Chance mit der Energiewende den ländlichen Raum aufzuwerten.

Mit den Strukturen im ländlichen Raum hat sich das Sozialressort auch hinsichtlich der Versorgung mit Gesundheits- und Pflegedienstleistungen befasst. **Jörg Kubitzki**, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion hat dazu einen Vorschlag unterbreitet. Dabei steht die Versorgungssicherheit und Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung im Vordergrund. DIE LINKE schlägt vor, sich gerade im ländlichen Raum auf neue Modelle einzulassen und sich an Bewährtem zu orientieren. So will DIE LINKE das Landambulatorium im ländlichen Raum wieder etablieren, aber auch eine enge Abstimmung zwischen der stationären und der ambulanten Versorgung. Auch die Besetzung der frei werdenden Arztsitze spielt bei der Versorgungssicherheit eine Rolle. So könnte sich DIE LINKE ein spezielles Medizinstipendium vorstellen, welches Studierende der Medizin gezielt in den ländlichen Raum lotst.

Im Bereich der Kita-Finanzierung und vielen weiteren familien- und seniorenpolitischen Themen, wie etwa der Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes, hat sich **Margit Jung** dieses Jahr besonders stark gemacht. Hier geht die politische Auseinandersetzung ebenso wie bei der Rente im kommenden Jahr weiter. Zusammen mit der Landeselternvertretung und der Eltern-Initiative gegen Kitagebühren werden wir aktiv eine Novellierung des Kita-Gesetzes vorantreiben, damit wir bald auch in Thüringen gebührenfreie Kitas haben, die sich zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln.

Als neues Mitglied des Sozialressorts können wir seit September 2013 **Ute Lukasch** begrüßen. Sie bearbeitet als Mitglied im Petitionsausschuss die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern. Der enge Austausch mit Betroffenen ist ein wichtiger Aspekt für die politische Arbeit, da wir Missstände und Probleme aufgreifen und im Landtag thematisieren können.

Auch 2014 wird sich DIE LINKE mit ganzer Kraft für ein Soziales Thüringen einsetzen. Ihre Probleme und Nöte sind uns dabei genauso wichtig, wie die Diskussionen um politische Alternativen.

Ich wünsche Ihnen im Namen des Ressorts Soziales und Gesundheit eine beschauliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins Neue Jahr!



Matthias Bärwolff